



DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

September 1998

Neofaschistische Parteien nicht zur Wahl zulassen

Die drei größten antifaschistischen Organisationen der Bundesrepublik (VVN-BdA, IVvVN und BDA) haben gegen die Entscheidung des Bundeswahlleiters protestiert, neofaschistische Organisationen wie DVU, Reps und NPD zur Bundestagswahl zuzulassen.

Die Bundessprecher der VVN-BdA und die Vorstände der IVvVN und BDA erklärten am Wochenende, daß es sich dabei um neofaschistische Organisationen handelt. „Sie dürfen, wenn der Artikel 139 unseres Grundgesetzes ernst genommen wird, überhaupt nicht existieren. Sie müssen aufgelöst werden.“

Der Artikel 139 des Grundgesetzes (Befreiungsgesetz) untersagt die Bildung von Nachfolgeorganisationen der Nazi-Parteien sowie die Verbreitung der Nazi-

ideologie entsprechend den zur Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus 1945/46 erlassenen Rechtsvorschriften.

In ihrer Erklärung weisen die antifaschistischen Organisationen zudem noch einmal sehr deutlich darauf hin, daß es sich bei der DVU und der NPD ganz offensichtlich nicht um Parteien gemäß dem Parteiengesetz handelt. So seien die Führungsorgane der DVU nicht demokratisch gewählt und die Finanzgebaren seien mehr als undurchsichtig.

Von Seiten der Antifaschisten wird an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thema FAP erinnert, der Bundes- und Landesbehörden jahrelang das Parteienprivileg zugestanden haben,

bis Karlsruhe darauf aufmerksam machte, daß es sich bei dieser neofaschistischen „Partei“ nicht um eine Partei, sondern um eine Vereinigung handelt. Somit könne der Bundesinnenminister tätig werden. Auch gegen die DVU und die NPD sollten die Bundes- und Landesinnenminister nunmehr Tatendrang zeigen und ihnen nicht länger den Status einer Partei zugestehen.

In dieser Frage könnte dann auch jeder Landesinnenminister tätig werden, und man brauche nicht auf eine entscheidungsschwache Bundesregierung warten. Die NPD und ihre Jugendorganisation JN sind als FAP-Nachfolgeorganisation anzusehen und sofort aufzulösen.

Gerold (AG Neofaschismus)

Internationaler Gedenktag

für die Opfer von Faschismus und Krieg

Am Sonntag, den 13. September 1998, findet um 11:00 Uhr auf dem Osterholzer Friedhof die Würdigung der Opfer der Mordnächte von 1943 und das Mahnen der Geschehnisse statt.

Es sprechen:

Dr. Walter Franke (ehem. Bundesvorsitzender des Reichsbundes, Landesvorsitzender des Reichsbundes Bremen),

Klaus Neumann (Arbeitskreis Arbeitslose im DGB).

Kultureller Beitrag von Mitwirkenden an der Einstudierung von Bertolt Brechts „Der Brotladen“

In den drei Nächten 07.-09.09.1943 brachten die Faschisten im Berliner Zuchthaus Plötzensee insgesamt 360 Häftlinge um, die meisten von ihnen politische, viele zum Tode verurteilt.

Während eines Bombenangriffs auf Berlin im August 1943 hatte eine Reihe von Häftlingen aus dem Zuchthaus fliehen können. Anfang September kam

dann als Rache diese Mordaktion. Drei Nächte lang wurden jeweils acht Häftlinge aus ihren Zellen geholt, in den Keller des Zuchthauses gebracht und dort an Fleischerhaken aufgehängt. Der bekannteste unter den Umgebrachten war der tschechische Dichter, Schriftsteller und Kommunist Julius Fucik, der am 23.02.1903 geboren war. Ihn holten sie als einen der letzten aus seiner Zelle.

Nach der Befreiung 1945 fand am Jahrestag der Hinrichtungen am 2. Sonntag im September in Berlin eine große Kundgebung mit 50.000 Teilnehmern statt.

1948 beschlossen die Verbände der Widerstandskämpfer und Verfolgten aus den osteuropäischen Ländern in Warschau, den 2. Sonntag im September zum internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg zu erklären.

Kurze Zeit später schloß sich diesem Beschluß die FIR (Fédération Internationale des Résistants), der internationale Verband des Widerstands, diesem Beschluß an.

Regine

Museumsfahrt

In der Zeit vom 12. bis 15. September veranstaltet das Krankenhausmuseum des ZKH Bremen-Ost eine Museumsfahrt nach Meseritz/Obrwalde (etwa 60 km östlich von Frankfurt/Oder) in Polen. Der inhaltliche Schwerpunkt der Fahrt ist die Psychiatrie während des Nationalsozialismus.

Auch aus der Bremer Nervenklinik Ellen, die damals noch St.Jürgen-Asyl hieß, gelangten 1943 über 300 Patientinnen und Patienten in das psychiatrische Krankenhaus nach Meseritz. Die meisten von ihnen wurden dort ermordet.

Der Besuch des psychiatrischen Krankenhauses in Obrzyce bei Meseritz gibt Einblicke in die aktuelle Psychiatrie Polens.

Die Abfahrt ist am Samstag, den 12. 09., um 07:00 Uhr. Wiederankunft ist am Dienstag, dem 15. 09., um 21:00 Uhr. Die Reisekosten betragen 350,- DM pro Person. Weitere Informationen und schriftliche Anmeldung (inkl. 100,- DM Anzahlung auf das Konto der Landeshauptkasse 107 032 5001 bei der Bremer Landesbank BLZ 290 500 00) bei Krankenhaus-Museum auf dem Gelände des ZKH Bremen-Ost, Züricher Straße 40, 28325 Bremen.

20.06. Berliner Demo

Aufstehen für eine andere Politik

Die Veranstaltung in Berlin hat mich stark an die Demonstrationen der Friedensbewegung gegen die Atomraketen erinnert. 50 bis 80-tausend Menschen – diesmal sogar aus Ost- und Westdeutschland. Es gab drei Auftaktkundgebungen, viele Transparente, Fahnen, Umhänger und Sprechchöre. Man spürte, daß alle sozialen Gruppen beteiligt waren, denn es war diesmal wirklich ein breites Bündnis.

Inhaltlich war die Demo natürlich stark gegen die Kohlregierung ausgerichtet, sah aber das Heil nicht nur in einer Schröder-Rot-Grün-Verbindung. Dazu paßt das oft gehörte „Nein zu Schröder“ oder das Wortspiel „bei Brandt hieß es Demokratie wagen – bei Schröder heißt es Volkswagen“. Die Gruppe „Linksruck“ wirkte durch Hunderte Plakate mit „Kohl und Kanther feuern – Millionäre besteuern“. Die etwas platte Parole „Kohl muß weg – Kapitalismus auch“ wurde differenziert zu „Kohl abwählen – aber bei Schröder aufpassen“. Und aufpassen wird in Zukunft eine neue außerparlamentarische Bewegung, die mit der Erfurter Erklärung und eben dieser Demo begann. Das heißt, wir Bürgerinnen und Bürger müssen selbst aktiv werden.

Es war zum ersten Mal eine Versammlung von Menschen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche: Ökologen, Erwerbslose, Gewerkschafter, Christen, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten.

Mich als Friedensfuzzi, der sich seit 1975 in der Friedensbewegung herumtummelt, freute besonders der starke Beifall über „Eurofighter wieder abstellen“ oder „keine deutschen Eingreiftruppen in die Welt schicken“. Peter Strutyński vom Kasseler Friedensforum

Dann folgte die IG Metall aus verschiedenen anderen Bezirken. Die Nürnberger Initiatoren mit dem dortigen DGB konnten sogar einen eigenen Zug vollkriegen. Dagegen gab es keine Unterstützung von Bremen der IGM und dem DGB-Kreis.

Darüber war ich natürlich sehr betroffen. Leider ist der dortige Protest gegen Erwerbslosigkeit voll in die Hose gegangen. Es führen nur 20 junge Gewerkschafter nach Hannover und dort herrschte Chaos.



Bremerinnen und Bremer auf der „Gockel“-Demo

Die Aktion am Freitag nachmittag auf dem Bremer Hanseatenhof war auch nicht prall. Über diese Mißerfolge freue ich mich natürlich überhaupt nicht, denn sie schwächen den DGB insgesamt.

Für Samstag, den 12.09., hat die „Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen“ zu „mit der A-Klasse nach Berlin – Arbeit und Reichtum umverteilen“ aufgerufen.

schlug den Bogen zu den Ökologen: „Generale helfen nicht gegen den Treibhauseffekt“.

Dank vor allem an die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), die sich voll auf die Großdemo orientiert hatte. Dank sag ich auch der Bremer GHK, die als einzige Gewerkschaft von Bremen aus einen eigenen Bus losschickte.

Dazu haben auch viele Gewerkschaften aufgerufen. Aber in sechs Orten sind regionale Kundgebungen vorgesehen. Ich hoffe, daß der Bezirk Bremen volle Pulle auf Berlin orientiert!

Also am 12.09. nach Berlin!

Ernst

Wahlkampf

Um dem Ziel „Keine Rechten ins Parlament“ zu lassen, näherzukommen, werden wir im September folgende Aktivitäten durchführen, an denen man sich gerne beteiligen kann:

- Den zur Probe beiliegenden Aufkleber verteilen (weitere 100 Exemplare sind für 5,- DM erhältlich beim Bundesverband der VVN-BdA, Rolandstraße 16, 30161 Hannover)
- 10.000 Flugblätter ähnlichen Inhalts verteilen (Treffen zum Verteilen am 31.08., 07.09., 14.09. und 21.09. jeweils um 19:30 Uhr im Büro)
- jeden Samstag Infostände an publikumswirksamen Plätzen betreiben, wo wir für unsere Forderungen an eine neue Bundesregierung werben wollen.

AG Öffentlichkeitsarbeit

Die Jüdin Felice Schragenheim

Vom 03. bis zum 14. August fand in der Unteren Rathausgalerie die Ausstellung „Das kurze Leben der Jüdin Felice Schragenheim“ statt.

In Dokumenten und persönlichen Fotos wurde dem Besucher ihr Leben nahegebracht. Geboren 1922 in Berlin als Tochter eines jüdischen Zahnarztes wird sie schon bald nach dem Machtantritt der Nazis wie viele andere Juden diskriminiert und verfolgt. Sie will in Deutschland bleiben, nimmt nach 1939 einen anderen Namen an und findet mehrfach Unterschlupf in den Wohnungen befreundeter Familien. Sie bemüht sich schließlich um die Ausreise und bekommt auch ein Visum. Die Ausreise bleibt ihr jedoch verwehrt. Der gebuchte Dampfer fährt nicht und das Visum wird nicht verlängert. Aus den Dokumenten wird auch ersichtlich, daß die damalige Regierung der USA offensichtlich aus Angst vor unerwünschter Unterwanderung durch Kommunisten auch die Ein-

wanderung von Juden rigoros beschränkte.

In den wenigen Jahren ihres illegalen Lebens lernt Felice Liesel Wüst kennen. Bei ihr findet sie eine einigermaßen sichere Unterkunft und zwischen beiden entwickelt sich ein inniges Liebesverhältnis. Eine Jüdin, von Nazis gekauft, bringt die Gestapo auf die Spur von Felice, die – wie ihre Freundin später erzählt – wohl auch Kontakte zum antifaschistischen Widerstand aufgenommen hatte. Felice wird in Theresienstadt ins Konzentrationslager gebracht. Liesel versucht sie dort zu besuchen, aber die SS-Lagerkommandantur verbietet ihr, das Gelände zu betreten. 1945, kaum 23 Jahre alt, endet hier das Leben der Felice Schragenheim.

Ich war von der Ausstellung, initiiert vom Rat & Tat-Zentrum und vom Lesbenring e.V., sehr angetan. Leider fehlte eine finanzielle Unterstützung seitens des Senats.

Ingeborg Breidbach

Das Chamäleon - Der "MUT"-Verlag

Der «Arbeitskreis Kritische Nachbarschaft Asendorf-Hoya», der sich Mitte der Neunziger zusammengeschlossen hat, brachte mit dem Buch «Das Chamäleon - Argumente gegen die Verharmlosung des faschistischen "MUT"-Verlages» ein Buch heraus, das sich kritisch und ohne Selbstüberschätzung mit der nicht ganz einfachen Thematik auseinandersetzt. Das Buch teilt sich in vier große Punkte auf:

1. Die Geschichte des "MUT"-Verlages und seines Verlegers Bernhard Christian Wintzek.
2. Die Analyse von Texten der Zeitschrift und die vom Verlag vertriebenen Bücher.
3. Die Auseinandersetzung mit den AutorInnen des "MUT".
4. Der Versuch eines Briefwechsels mit "MUT"-AutorInnen.

Das Bild, das sich aus der Arbeit ergab, zeigte, daß viele der bekannten Darstellungen nicht oder nur zum Teil korrekt sind. Klar ist, daß der "MUT"-Verlag, der in Asendorf, ca. 40 Km südlich von Bremen, ansässig ist, nach wie vor faschistische Propaganda betreibt. Heutzutage geschieht dies eher unterschwellig. So werden die REP-Wähler verharmlosend vom "MUT"-Autor Rudolf Wassermann als "konservativ" bezeichnet.

Der Herausgeber Bernhard Christian Wintzek gründete 1964 das Vorläuferblatt «Aktion Kennwort Europa». Er war 1969 Mitbegründer der «Gesamtdeutschen Aktion (GA)», ein Sammelbecken für Jungnazis, und einer der Initiatoren der «Aktion Widerstand», dessen beachtliches Motto «Brandt an die Wand» war. In der "MUT"-Ausgabe 37/1970 ist Willy Brandt am Galgen zu sehen. 1972 wollte Wintzek für die NPD-Niedersachsen in den Bundestag einziehen. Er warb dafür, der CDU/CSU die Erststimme zu geben, um «Deutschland aus der sozialistischen Umklammerung zu retten». Bis 1982 war der "MUT"-Verlag das Sprachrohr für die neofaschistischen Jungnazis wie die JN (Jung-NPDler) und die verbotene Wilking-Jugend (WJ). In den 80er Jahren «veränderte» sich das Blatt zum Abdruckorgan für die bürgerliche geistige Elite der Rechten. Heute ist es «der Vorreiter für modernisierte faschistische Propagandastrategien bis zu den heutigen neo-liberalen Ansätzen». Es ist eine detaillierte Zeitleiste von Wintzek und Verlag im Buch enthalten.

Jedes "MUT"-Heft beginnt mit: «Lieber Leser», es klingt so, als lesen ausschließlich Männer das Blatt bzw. es ist nur für sie geschrieben. Die Themen umfassen das „ganze Leben“. Herr Graf

interviewt Frau Gräfin, der Leser hat das Wort und alles ist antiquiert illustriert. Die AutorInnen dieses Buches vergleichen "MUT" ironisch mit dem „Goldenen Blatt“. Sitte, Religion und Sexualität werden genauso wie Heimat, Region und Nation abgearbeitet. Bei aller Ironie wird dennoch klar gemacht, daß es sich um „Das Goldene Blatt für ein erzkonservatives faschistisches Klientel“ handelt. In der Buchreihe des "MUT"-Verlages, genannt «Blaue Aktuelle Reihe», werden ebenfalls die Themen, die die "Rechten" bewegen, publiziert, wie Reckupation der verlorenen Ostgebiete. Das Who-is-who der Revisionisten und Geschichtsklitterer schreibt in der Buchreihe.

Einen Bekanntheitsschub bekam der "MUT", als 1988 ein Leserbrief von Bundeskanzler Helmut Kohl abgedruckt wurde. Angeblich hatte der eifrige "MUT"-Leser Kohl nicht erwartet, daß Wintzek diese Publicity nutzt. Viele aus dem konservativen Spektrum, also Leute wie Armin Mohler, Konrad Lorenz oder Ernst Jünger, verbreiteten sich in den Heften, aber auch SPD-Abgeordnete wie Peter von Oertzen und Erhard Eppler oder Gewerkschaftler wie der ehemalige IG-Chemie-Chef Hans Rappe sind dort wiederzufinden. Aber auch Leuten wie dem Nazi-Terroristen Manfred Roeder wird im "MUT" eine Plattform gegeben. Der Bremer Verfassungsschützer Jechmann äußerte sich, daß ihm keine Bremer AutorInnen bekannt sind. Daß er sich täuscht, wird anhand eines taz-Artikels vom 10.01.1995 aufgezeigt. Die CDU-Abgeordnete und selbsternannte „Lebensschützerin“ Elisabeth Motschmann schrieb „einen flammenden Text im

"MUT" über die Freuden der Mutterschaft und die Verderbtheit moderner weiblicher Lebensplanung." Ende der 70er Jahre war Frau Motschmann Mitglied der «Konservativen Aktion». In unserer April-Ausgabe haben wir schon über den Hetzartikel gegen die Unterzeichner der Frankfurter Erklärung von Dr. Uta Stolle, Mitbegründerin der taz-Bremen und mittlerweile in das rechte Lager übergetreten, berichtet.

Die Antworten auf die Briefe an die AutorInnen des "MUT" lesen sich sehr unterschiedlich, so fragt sich Herr Eppler sinngemäß, ob der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) oder Herr Wintzek mitsamt des "MUT"-Verlages verwerflicher ist. Die Herausgeberin der ZEIT, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, gibt offen ihre Leichtgläubigkeit zu und Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, gibt sich vollkommen unwissend. Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker, der große Friedensforscher, sieht nichts Schlimmes im "MUT"-Verlag. Ralph Giordano findet, daß sich das Blatt vom „Saulus zum Paulus“ geläutert hat. Ein großer Irrtum, Herr Giordano.

Um die Ausstellung des «Arbeitskreises Kritische Nachbarschaft Asendorf-Hoya» zum "MUT"-Verlag haben sich die Gemeinde Asendorf wie auch die Kirche des Ortes gedrückt.

«Das Chamäleon - Argumente gegen die Verharmlosung des faschistischen "MUT"-Verlages», Magazin-Verlag, Kiel, 1998, 161 Seiten, 18,- DM, ISBN 3-925900-91-8

Gerold (AG Neofaschismus)

Neue Beitragsordnung

Der Bundeskongreß Mitte Juni 1998 hat nach ausführlicher Diskussion über unsere Finanzsituation eine neue Beitragsordnung beschlossen um weiterhin die notwendigen politischen und organisatorischen Aufgaben durchführen zu können. Nachstehend der monatliche Beitrag:

Ohne Einkommen	3,00 DM
Geringes Einkommen	5,00 DM
Bis 1.500 DM Nettoeinkommen	8,00 DM
Bis 1.750 DM Nettoeinkommen	8,00 DM
Bis 2.000 DM Nettoeinkommen	8,00 DM
Bis 2.500 DM Nettoeinkommen	8,00 DM
Bis 3.000 DM Nettoeinkommen	8,00 DM
Über 3.000 DM Nettoeinkommen	1% vom Nettoeinkommen.

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, wir bitten zu prüfen, ob sich hierdurch eine Beitragsänderung für Euch ergeben wird und bitten bei der nächsten Kassierung bzw. Überweisung um Berücksichtigung.

Da wir ja bekanntlich keine größeren Sponsoren verzeichnen können, sind wir auf unsere Beiträge und evtl. Spenden dringend angewiesen. Wir hoffen, daß wir auch weiterhin damit rechnen können.

Allen Spendern möchte ich hiermit erneut unseren Dank sagen!

Friedel, Landeskassierer

Ponny und der Groschenkrieg

Otto Wiesners Erzählung „Ponny und der Groschenkrieg“ erschien 1997 im Stuttgarter Verlag Roter Morgen/ Antifaschistische Reihe. Sie vermittelt ein sehr plastisches Bild des Lebens der Ruhrkumpel kurz vor der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus. Die Erzählung liefert Jugendlichen auf einprägsame Weise eine Erklärung für den Aufstieg des Faschismus. Die Zentralfigur darin ist die aus Essen stammende 14jährige Pionierleiterin Elisabeth Plewek, genannt Ponny. „Ihr größter Wunsch war es, Lehrerin zu werden. Er hat sich nie erfüllt“, so die ehemalige Jugendfreundin Rosa Adler.

Anfang Januar 1933 schrieb Ponny ihr in einem Brief von der Komsomolzenschule in Moskau: „Zum ersten Mal in meinem Leben esse ich mich jeden Tag satt“. Nach ihrer Rückkehr 1934 wurde Ponny von der Gestapo verhaftet und zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend kam sie ins KZ Ravensbrück, wo sie 1944 von der SS ermordet wurde.

Die knapp 300 Seiten starke Erzählung spielt im Jahre 1930, in der Zeit der großen Wirtschaftskrise, der Arbeitsdienstprüfung und der Zusammenstöße zwischen Hungernden und Polizei. „Kleine Betriebe und Läden mußten schließen, Bäcker und Metzger gaben nichts mehr auf Pump. Aber die Gruben- und Stahlbesitzer wollten die Last der

Krise nicht selber tragen. Sie versuchten sie auf die Schultern der noch arbeitenden Kohlekumpel zu schieben“.

Direktor Teerkohl, Herr über den Schacht „Morgenstern“ und die mehr als 400 Häuser der Bergarbeitersiedlung Röllinghausen, läßt seinen Bergarbeitern zur Löhnung einen Revers vorlegen, auf dem sie ihren Verzicht auf einen Groschen Lohn pro Arbeitsstunde erklären sollen. Aber Revers, Schwarze Liste, Bereitschaftspolizei, Streikbrecher, Sperrung der Arbeitslosenunterstützung für Streikende können den Arbeitskampf nicht aufhalten. Dies scheitert am Betriebsrat Kütz, der den Streik leitet. Teerkohl schwört seine Stammtischbrüder ein, Frauen und Kinder gegen die Streikenden aufzubringen. Die Polizei soll schärfer vorgehen. Differenzen zwischen Gewerkschaftsleitung und Betriebsrat genutzt werden. Die SA bringt Streikbrecher auf die Zeche, macht selbst vor dem Mord am politischen Gegner nicht halt.

Die Erzählung nimmt ein gutes Ende. Die Angriffe der Grubenherren auf die Streikbewegung scheitern an der europäischen Solidarität der Kumpel. Es ist ein gutes und stellenweise humorvolles Stück Jugendliteratur. Aber auch Erwachsene erhalten manche Rück Erinnerung oder Anregung.

Raimund

Abels Gesichter - Auschwitz

Erst war Auschwitz, oder wie es in polnisch heißen muß, Oswiecim, für die Polen bestimmt, später kamen auch Menschen anderer Nationalität hinzu. In der Anfangszeit haben die Nazis alle fotografiert, die im KZ eingeliefert wurden.

Es sind keine anonymen Schicksale, sondern namentlich genannte Menschen.

Das Buch ist in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA, Kreisvereinigung Frankfurt, entstanden.



Die Französin Plizon Jermaine, 25 Jahre alt, Schicksal unbekannt

den. Die im Buch befindlichen Fotos konnten bei der chaotischen „Evaluierung“ gerettet werden.

Der Fotoband, der in deutsch und italienisch abgefaßt ist, zeigt das Leid, das Nazideutschland den Menschen angetan

hat. Es sind keine anonymen Schicksale, sondern namentlich genannte Menschen.

Guiseppe Zambon, Zambon Verlag, Frankfurt/Main, 1995, 189 große Seiten, 640 Fotos, 68,- DM, ISBN 3-88975-050-8

Teilzeitleben

Zu Jahresbeginn hat sich die soziale Lage für mehr als 4,5 Millionen Arbeitslose offizieller Zählung deutlich verschärft. Die Zumutbarkeitsbedingungen sehen nun vor, daß jeder bei Androhung von Sperrzeiten gezwungen werden kann, jegliche Tätigkeit anzunehmen, wenn sie auch nur mit 1,- DM über der Arbeitslosenunterstützung entlohnt wird. Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnisse werden ausgeweitet, auch in Bremen. Das macht sich auch auf dem „Grauen“ Arbeitsmarkt der Beschäftigungsträger bemerkbar. Zwar wurden plötzlich lange Zeit zuvor beantragte AB-Maßnahmen bewilligt, rechtzeitig vor den Wahlen, aber auf einer Betriebsversammlung der Arbeit- und Jugendwerkstätten wurde Ende Juni 1998 deutlich, daß Ausbildungs- und Qualifizierungsprojekte Ende 1999 auslaufen werden.

Manches deutet darauf hin, daß Arbeitsamt, Arbeitssenator, Sozialamt und Beschäftigungsträger auf eine überbetriebliche Kurzqualifikation setzen. Dabei sollen wohl Beschäftigungsträger zu einer Art Leiharbeitsfirma nach niederländischem Vorbild zusammengeschlossen werden. Vom Arbeitsamt angewiesene Langzeitarbeitslose sollen – so scheint es – auf kurzfristig zu besetzende Jobs mit wechselnder Entlohnung eingestellt werden. Die konkrete Betreuung soll dann nicht mehr Sozialpädagogen, sondern Anleitern/Meistern überlassen bleiben. Sozialpädagogen würde nach diesem Modellprojekt Einstellung, Abmahnung, Entlassung, kurz die Personalverwaltung übertragen. Leistungswille der Teilnehmer sei Voraussetzung. Nichteinhaltung der vertraglichen Bedingungen müsse Konsequenzen haben. Ein Rückfall in Sozialhilfe sei nicht voll ausgeschlossen.

Eine Fachtagung im Dezember 1997 ließ durchblicken, daß eine große Koalition eifrig an diesem Modell für Bremen bastelt. Gemeinnützige Arbeit sei nicht mehr finanzierbar, so Peter Sörgel (SPD). Längerfristig solle sich Hilfe auf Menschen beschränken, die lebenslang notwendiger Hilfe bedürften, so Brigitte Dreyer (CDU). Vertreter eines solchen erfolgsorientierten Unternehmensmodells geben zu, daß öffentliche Forderung von Arbeitsplätzen auf unabsehbare Zeit notwendig sein wird. Der Anteil Langzeitarbeitsloser an der Arbeitslosenstatistik wächst. Es besteht die Gefahr, daß Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden. Wer alleinerziehend oder aber alt und krank ist, gerät leicht in einen unauf lösbaren Teufelskreis. Leiharbeit erleichtert den beruflichen und persönlichen Abstieg.

Raimund

Jedem das Seine - Ein beliebtes Motto Militärunfreundlich

Mit dem Slogan »Jedem das Seine« warb der finnische Nokia-Konzern bis vor einiger Zeit für seine bunten Handys. Das die Kampagne zur PR-Peinelichkeit wurde, hat das American Jewish Committee (AJC) bewirkt. Aber auch die VVN-BdA Bremen hat Nokia in einem Brief darauf hingewiesen, daß der Slogan bereits über dem Lagerort des Konzentrationslagers Buchenwald prangte. Nokia entschuldigte sich auch bei uns und zog letztendlich auf Drängen des AJC die peinlichen Plakate aus dem Verkehr.

Das Verteidigungsministerium hat da weitaus weniger Skrupel und Geschichtsbewußtsein, denn dort »weiß man auf Nachfrage innerhalb einer halben Stunde mit humanistischem Background zu glänzen. Schöpfer des Wortes »Suum cuique« im Lateinischen (Fundstellen bei Bellus und Cicero) sei »Jafu der Ältere.« so schreibt es leicht ironische die junge Welt am 19.06.1998. Doch hat das »Große Latium« der Hardthöhe hat ihren todbringenden Grund: Suum cuique - Jedem das Seine - also, schmückt die Dienstmützen der Feldjäger. Eben jenem Truppenteil der Bundeswehr, das für das Aufspüren und Verhaften von Deserteuren zuständig ist. Während der NS-Zeit fielen den Feldjägern Abertausende von »Fahnenflüchtigen« zum Opfer und wurden von ihnen ermordet. Alles getreu der Parole von Hitler: »Der Soldat kann sterben, der Deserteur muß sterben« - Jedem das Seine eben.

Aber auch der Coburger Convent (CC) bedient sich gerne des Mottos. Die schlagenden Verbindungen des CC, in Verbindung mit der Stadt Coburg, haben am Pfingstweekenende in Coburg ihren alljährlichen Haupt-Convent abgehalten. Groß auf dem Plakat prangt »Jedem das Seine«, unterteilt war es mit: »Coburger Convent - Gute Partnerschaft mit langer Tradition«. Wird somit deutlich, daß sich der CC der Tradition der NSDAP und der SS verpflichtet fühlt? Die Gegendemo wurde wie immer in solchen Fällen massiv von Polizei, Stadt und Partei behindert und provoziert. Der »Kongreß« der CC endete, wie auch sonst, in einem Massenbesäufnis, wie die Antifaschistischen Nachrichten im Heft 13 berichten.

Gerald (AG Neofaschismus)

Gegen Rassismus

Einen Aktionstag gegen Rassismus veranstalten die Antirassismus-Werkstatt im Stadtjugendring, Antifa Bremerhaven und Flame Music am Freitag, 04. September, im Haus der Jugend (Rheinstraße 109) in Bremerhaven.

Um 14:00 Uhr wird die Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« (erstellt von der VVN-BdA zusammen mit der GEW) eröffnet.

Um 15:00 und 19:00 Uhr sind Filme zum Thema zu sehen. Von 20:30 Uhr an spielen die Gruppen »Hammerhai« (SKA-Punk und mehr) und Mad Monster Sound (SKA).

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden/Antimilitarismus
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Geb.-Datum _____

Beruf _____

Bremen, den _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-
Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes«. 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten. Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die »Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln« und für den »Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit« wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- ☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Ein Jugendoffizier findet »In Bremen seit Jahren ein eher militärfreundliches Klima vor. Teile der Bevölkerung hätten immer noch eine radikal ablehnende Haltung gegenüber der Bundeswehr.« Das Bremer Friedensforum ist natürlich, wenn der »Jahresbericht 1997 der Jugendoffiziere der Bundeswehr« mit diesen Sätzen die Tätigkeit der Bremer Friedensbewegung »würdigt«. Unsere Arbeit trug mit dazu bei, daß Rüstungsminister Rühle das Rekrutengelöbnis in Bremen absagte.

Bremer Friedensforum

Bald Homme-Hoekstra-Weg ?

Auf Antrag von Helmut Kastens (Bündnis90/Die Grünen) beschloß der Beirat Gröpelingen auf seiner Sitzung am 15. Juli 1998, dem 1944 hingerichteten niederländischen Zwangsarbeiter Homme Hoekstra eine Gedenktafel zu widmen und »stellvertretend für viele, die ein ähnliches Schicksal hatten« als Erinnerung für die Zukunft einen Weg nach ihm zu benennen. Der genaue Ort des Gedenkens wird im noch Bauausschuß beraten. Der Meldekarte zufolge war Homme Hoekstra 1943/44 im Deschimag-Gemeinschaftslager (Tirpitz) Schwarzer Weg Block I untergebracht.

Der Vorstand der »Freien Christengemeinde« hat seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, am Eingang ihres für alle Gröpelinger geplanten Cafés eine Gedenktafel anzubringen, und überlegt, auch den geplanten Zugangsweg zu kennzeichnen.

Raimund

DER RECHTE RAND

Informationen von und für AntifaschistInnen

Im Heft 53 ist folgendes zu finden:
Rechtsradikale Sammlungsversuche
+++ Neonaziaktionen +++ Neofaschisten
vertreten Unternehmerprogramme +++
Revanchismus floriert +++ Katholikentag
im rechten Licht +++ Anthroposophie
und Reinkarnation

6 Ausgaben im Abo: 20,- DM - Einzelheft
3,- DM

Der Rechte Rand - Postfach 1324 -
30013 Hannover - Postgirokonto
Hannover - BLZ 25010030 -
Kontonummer 445586-301

KZ-Gedenkstätte geschändet

Vom Betroffenen und empört äußerte sich Bundessprecher Dr. Ulrich Schneider über die jüngste Schändung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald.

Es zeugt von krimineller Energie und planmäßiger Vorbereitung, die Fritz-Cremer-Plastik, das Denkmal zur Erinnerung an alle Häftlinge des KZ Buchenwald, mit einem Trennschleifer zu beschädigen.

Schon vor 1989 haben Ideologen des Neonazismus propagiert, daß nur auf den Trümmern der KZ-Gedenkstätten Deutschland wieder "groß" werden könne. Einmal mehr versuchen nun ihre Fußtruppen, dieses in die Realität umzusetzen.

Gegen solche Täter ist mit aller Härte des Gesetzes vorzugehen.

Politische Verantwortung für solche Vorfälle tragen aber auch jene, so Dr. Schneider, die durch ihre Versuche der Delegitimierung der antifaschistischen Erinnerungsarbeit in der DDR dieses Mahnmal „zur Schändung freigegeben haben“. Wer den Widerstand im Lager, den Einsatz der „roten Kapos von Buchenwald“ für die Rettung von Kindern und Jugendlichen denunziert, fördert solche Übergriffe.

Dr. Schneider versicherte den Überlebenden des KZ Buchenwald, daß die VVN-BdA mit ihrer ganzen Kraft dazu beitragen werde, das Andenken an Verfolgung und Widerstand zu bewahren und dem Neofaschismus entgegenzutreten.

Ulrich Schneider

Krieg?

Wollt ihr den Krieg zum drittenmal heraufbeschwören über unseren Landen?

Ist Euch denn nicht genug der Qual, die ihr in Bombennächten ausgestanden?

Wollt ihr, daß eine Bombe das vernichtet, was ihr in schwerer Arbeit habt errichtet?

Wollt ihr, daß Bomber wieder fliegen? Im 3. Weltkrieg wird der Tod alleine siegen.

Denkt an die vielen, die im Kriege sind gefallen.

Unser Gedenken ihnen, ihnen allen! Verhindert einen dritten Krieg!

Er bringt Euch Tod und keinen Sieg!

Hans de Vries, 14 Jahre
„neues echo“, Weihnachten 1974

Nachbarschaftsfest Gröpelingen

Ich kam gerade vom Straßenfest am Ohlenhof zurück. Wir hatten einen informativen Stand. Daneben wurden Unterschriften gesammelt für die Gröpelinger Erklärung. Die Besucher betrachteten sich unsere Litfaßsäule mit Teilen der Neofaschismus-Ausstellung. Gegenüber am CDU-Informationsstand war gähnende Leere. Ich hörte im Vorbeigehen einen 25jährigen Mann: „Ich hätte da ein paar Fragen. Mich interessiert, was Sie vorhaben mit dem Ausländergesetz“. Er hatte in ein Wespennetz gestochen. Sein Gegenüber von der CDU erkundigte sich höflich-unverbindlich, woher er denn komme, wie lange er schon hier lebe, wie alt er sei, ob er denn hier geboren sei.

Aber dann kam es: „... wir können hier keine Drogendealer dulden. Wir können hier nicht jeden wohnen lassen, wenn er nicht bereit ist, nach unseren Gesetzen zu leben. Das hält die Gesellschaft nicht aus.“ Er fühlte sich durch die einfachen sachlichen Fragen des jungen Türken offensichtlich so sehr in die Enge getrieben, daß er, ohne zu wissen, was er damit anrichtete, von diesem letztlich den Nachweis verlangte, nicht „so einer“ zu sein. Wie sagte mir, doch ein Nachbar, als ich gerade zum Ohlenhof gehen wollte? „Leider dürfen wir nicht mitwählen. Sonst könnten die es nicht mehr lange so machen mit uns“.

Raimund

Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben

Das Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Vegesack, Kirchheide 49, zeigt in der Zeit vom 04. bis zum 29. September 1998 die Ausstellung „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“ über die Jugend-KZ in Moringen und Uckermark. Eröffnung ist am 04.09. um 18:00 Uhr.

Es ist kaum bekannt, daß es in der NS-Zeit spezielle KZs für Jugendliche gab. Daß diese existierten und bis vor Kurzem noch zu den „vergessenen“ NS-Terrorstätten zählten, will diese Ausstellung zeigen. Der Polizeistaat des NS-Regimes richtete für Jungen in Moringen bei Göttingen und für Mädchen in Uckermark, in der Nähe von Fürstenberg an der Havel, solche Lager ein.

Viele wurden denunziert, weil sie z.B. Nachbarn, Lehrherren oder Fürsorgefrauen nicht paßten.

Geburtstage September 1998

Anita	Böhme	09.09., 88 J.
H.-J.	Streicher	09.09., 50 J.
Karl	Wölz	18.09., 78 J.
Lisbeth	de Vries	22.09., 85 J.
Georg	Rademacher	30.09., 54 J.

Herzlichen Glückwunsch allen
Kameradinnen und Kameraden
vom Landesvorstand

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 Bremen

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com

Unsere neue Internetadresse:

<http://www.vvn-bda.de/bremen>

Montag: 17:00-18:00 Uhr

Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend
Spenden benötigt:

Die Sparkasse in Bremen

BLZ 29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig
anerkannt.

Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62.

Mitgliederöffentlich trifft sich montags

der Geschäftsführende Vorstand

von 18:00 - 20:30 Uhr und der

Landesvorstand jeden 4. Montag

von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Monats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!